

ist. Denn im Rahmen des Kriegsexpressionismus findet in der Tat etwas statt, was man nicht so leicht irgendwo sonst findet: eine Auseinandersetzung mit der Realität und den Folgen des Krieges für die Menschen. Man kann dem Programm dieser Schriftsteller gewiß skeptischer gegenüberstehen, als dies der Autor tut. Aber er macht einerseits verständlich, warum gerade diese Schriftsteller im Aufbegehren der Jahre 1918/19 eine so weitreichende Gefolgschaft hatten. Andererseits wird aus der Darstellung deutlich, wo die Ursprünge der „Gesinnungsästhetik“ nach dem Zweiten Weltkrieg zu suchen sind. Es ist ein Verdienst des Autors, diesen Kriegsexpressionismus aus der Ecke der Spinner und Träumer in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen über den Krieg zurückgeholt zu haben. Das ist eine wichtige Korrektur der Historiographie zur Kriegsliteratur des Ersten Weltkrieges und zugleich ein Ansatz zum Verständnis jenes utopischen Anti-Modernismus, der von der Antifa-Literatur (Johannes R. Becher sei erinnert) bis hin zu den Pazifisten der achtziger Jahre ein nie gänzlich abgebrochenes Element einer deutschen Geistesgeschichte des 20. Jhs. darstellt.

Michael Geyer

*Eva Schmidt-Hartmann (Hrsg.), Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel, R. Oldenbourg Verlag, München 1994, 296 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 76).*

Die in der Einleitung mit leidenschaftlicher Emphase geforderte Historisierung und Europäisierung des Kommunismus anstelle einer Isolierung als singuläre Erscheinung wird in diesem Sammelband mit Erfolg initiiert. *Stephan Fischer-Galatis* behandelt den historischen Kontext der kommunistischen Machtübernahme und konstatiert, daß sich in Osteuropa die Demokratie schon nach dem Ersten Weltkrieg nicht durchzusetzen vermochte, weil hierzu die strukturellen Voraussetzungen fehlten. Vielmehr erzeugte die Modernisierung der agrarischen Gesellschaften in den sozial wie politisch instabilen Übergangsbildern mit Nationalismus und Antikommunismus konträre Effekte, die in manichäische Bilder äußerer Bedrohung projiziert wurden. Die kommunistische Machtübernahme in Osteuropa sei daher nicht generell als Konfrontation zwischen Demokratie und Totalitarismus zu sehen, sondern primär als antikommunistische und nationalistische Reaktion auf die so-

wjetische Hegemonie. Der Autor entdeckt keine historische Alternative zu dieser Machtübernahme, sondern lediglich eine Asymmetrie zwischen dem Totalitarismus Stalins und dem gleichfalls undemokratischen autoritär-paternalistischen und nationalistischen Politikverständnis der osteuropäischen politischen Eliten. Sogar eine „maßgebliche Rolle“ im Prozeß der Formierung des neuen Systems im Mitteleuropa rechnet Tomaszewski den inneren Kräften zu, und zwar nicht nur den kommunistischen Parteien, sondern unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen, in denen die Kommunisten nach 1945 Unterstützung fanden.

Der Beitrag von *Jörg Fisch* über „Neutralität als Alternative zur Blockbildung in Europa 1945-55“, welche Finnland, Jugoslawien und Österreich wahrnehmen konnten und die in Deutschland zur Debatte stand, wendet sich stärker der außenpolitischen Ebene zu, der sich auch *Bernd Bonwetsch* in seinem informativen Bericht über die zahlreichen Facetten des Sowjetisierungsbegriffs verpflichtet weiß und damit den äußeren Einfluß auf die osteuropäischen Transformationsprozesse nicht aus dem Blickwinkel verliert. Beide Ebenen, die politik- wie die sozialhistorische führt dann ein Artikel über die britische Presse und Osteuropa in der

Anfangsphase des Kalten Krieges wieder zusammen. Dessen historische Perspektive reicht bis zum Versailler Vertrag zurück, dessen Folgen zumindest die Britische konservative Presse schon im Zweiten Weltkrieg davon überzeugten, daß weder repräsentative Demokratie noch nationale Selbstbestimmung in Osteuropa stabile Ordnung garantieren können, und die deshalb fern jeder Ideologie der Sowjetunion eine Führungsrolle in dieser Region einzuräumen bereit waren. Lesenswert ist allein, wie kritisch der britische Isolationismus Churchills Fulton-Rede von 1946 aufnahm. Stalin spielte sie zwar – wie auch die britische Presse – öffentlich herunter, insgeheim nahm er sie aber sehr ernst.

Die detailreiche Kritik von *Christoph Kleßmann* an der Anwendung des „Sowjetisierungsmodells“ auf die SBZ/DDR der Jahre 1945-52 enthält wohl alle zentralen Argumente, die für einen „deutschen Sonderweg“ einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ sprechen und nennt auch die Aporie der Zuordnung in die „deutsche“ oder „sowjetische“ Traditionslinie beim Namen. Wenn darin „Sowjetisierung“ als ein Oberflächenphänomen und der durch sie überlagerte innere „nationale Vorbehalt“ als stärker charakterisiert werden, so geht dieser Befund weitgehend mit

Latawskis Darstellung konform, die der polnischen Exilhistoriographie bescheinigt, ausschließlich eine Abstoßungsreaktion repräsentiert zu haben. Nur einem polnischen Exilhistoriker sei es gelungen, diese fundamentalistische Ablehnung des sowjetischen Systems zu überwinden und das Desaster als Ergebnis bilateraler Wechselwirkungen zu begreifen.

Über politische Funktionalisierung, über das Selbstverständnis der Historiographie zwischen politischem Sozialisationsauftrag und Wissenschaftsanspruch wie auch ihre Flucht in nationale Perspektiven trug *Wolfgang Höpken* am Beispiel der jugoslawischen, der serbischen und kroatischen „politischen Publizistik“ viele drastische Belege zusammen. Vier Beiträge sind der Tiefenanalyse der tschechoslowakischen Entwicklung gewidmet. *Eva Schmidt-Hartmann* belegt anhand der Memoirenliteratur emigrierter oppositioneller tschechoslowakischer Politiker, daß sich ihr bis 1948 praktiziertes Politikverständnis nur graduell von jenem unterschied, das sie später als antidemokratisch stigmatisierten. Hart geht die Autorin mit den „Defiziten im politischen Denken“ ins Gericht, an denen das tschechoslowakische Experiment schon vor 1948 litt. *Peter Heumos* stützt dieses Urteil durch eine diffizile

Untersuchung des durch den Zweiten Weltkrieg zerstörten intermediären Systemnetzes der Vorkriegs-Tschechoslowakei, das nach 1945 nicht mehr die wieder auflebenden Strukturen der Proporzdemokratie stabilisieren konnte. *Schulze-Wessels* kenntnisreiche Analyse des – (nur) mit einem Fragezeichen versehenen – Mythos vom „spezifischen tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus“ steht in gewissem Sinne kontrapunktisch zum Grundtenor des Sammelbandes. *Vladimir Macuras* Beitrag über den semiotischen Ballast der „Vergangenheit“, der trotz des weggeworfenen Codes zurückblieb, mag im Kontext ein wenig abgehoben erscheinen und daher aus dem Rahmen fallen. Gewiß setzt er Detailkenntnisse voraus, doch um die Grundaussage zu verstehen, genügt es wohl, wenn man ihn zweimal liest. Und es ist lohnend zu erfahren, daß für tschechische Kommunisten als revolutionär eine nationale Tradition galt, die die Rückkehr in Volksgemeinschaftsmythen des 19. Jhs., die Aufhebung der Entfremdung durch Kommunikation mit den Massen und durch das Aufgehen des Einzelnen in den Massen anstrebte. Die den Pessimismus des 19. Jhs. in sich aufnahmen, indem sie sich ständig die Überwindung seiner Dekadenz bestätigten, und ihre Geschichte immer wieder auf

die „Stunde Null“ stellten: 1938, 1945, 1948, 1968... Alle Vergangenheit nur Dekadenz. Frustriert über solche Wirklichkeit fällt einem nur noch das Schlagwort von der „Rückkehr in die Geschichte“ ein, konnotiert diesmal aber mit gesellschaftlicher Melancholie.

Ein durchaus eigenwillig komponierter Sammelband, gerade wegen seiner thematischen Breite erfrischend und anregend. Um einige falsch gesetzte Halbtöne gleich anzusprechen, darf von einer neuen „Stunde Null“ in der Kommunismusforschung abgeraten werden, denn – verkürzt gebracht – die Forschung wird sicherlich auch das „intellektuelle Ritual“ der Selbstkritik relativieren, welches sich aus dem Mißverständnis nährt, daß eine Prophezeiung des Zusammenbruchs des Kommunismus unterblieben wäre. Es bringt nämlich lediglich zum Ausdruck, daß bei der Entmythologisierung des Kommunismus nicht nur „weiße Flecken“ einzufärben, sondern auch „blinde Stellen“ zu berücksichtigen sind. Über die geforderte Relativierung politischer Alibihaltungen im Osten durch Freilegung der autochthonen Bedingungen des Irrwegs hinaus sind zumindest auch jene Faktoren zu isolieren, die die wissenschaftliche wie politische Wahrnehmung im Westen präjudizierten. Hier wird die intellektuelle Selbstverständigung

schwieriger, denn nicht nur Konzepte, Perspektiven und Interpretationen stehen zur Disposition, sondern auch handfeste politische Interessen.

Im Kontext der Tabuisierung drängt sich bei der Lektüre die Berührungsangst gegenüber dem Nationalsozialismus unmittelbar auf: Die weitgehende geographische Identität der beiden totalitären Irrwege in Europa bleibt unausgesprochen. Dabei bieten sich sowohl im sozial- wie im politikhistorischen oder mental-kulturellen Kontext viele Anhaltspunkte an, um die nationalsozialistische Besatzungsherrschaft in Osteuropa geradezu als die *take over*-Phase des kommunistischen Totalitarismus zu kennzeichnen. Die durch den Nationalsozialismus und seine unmittelbaren Folgen zu verantwortenden bevölkerungspolitischen und sozialen Umschichtungsprozesse lassen beispielsweise die Ergebnisse der kommunistischen Transformationspolitik im blassen Licht erscheinen. Auch institutionengeschichtlich wurden in Polen wie in der Tschechoslowakei in einigen Bereichen „elegante“ Formen totalitärer Gleichschaltung durch bloße Überpinselung von „großdeutsch“ auf „sowjetisch“ vollzogen. Als singuläres Phänomen kann der Nationalsozialismus wohl kaum neben einem historisch kontextualisierten Kommunismus stehen bleiben.

Stellenweise glaubt man, eine Frustration über die postkommunistische intellektuelle Selbstverständigung herauslesen zu können. Das Problem der Amalgamierung von NS und Kommunismus direkt anzugehen, würde es aber möglicherweise erlauben, den Bewältigungskomplex der externen Intervention auch als einen Reflex auf geopolitische Zwänge zu begreifen. Selbstkritisch den eigenen politischen Sozialisationsauftrag zu reflektieren, bedeutet keineswegs, daß Historiker zum politischen Attentismus verdammt sind, sondern daß sie begriffen haben, daß Irrtum auch ein Wegweiser zur Erkenntnis ist.

Jan Foitzik

**Christopher Wood, The End of Japan Inc. – and how the new Japan will look, Simon & Schuster, New York 1994, 240 S.**

Worauf amerikanische und westeuropäische Ökonomen und Sozialwissenschaftler schon lange gelauert haben, das prophezeit *Christopher Wood* in seinem neuesten Buch: den Kollaps der japanischen „Bubble Economy“. *Wood*, langjähriger Redakteur beim *Economist* in New York und

Tokio, verkündet das Ende des „japanischen Modells“, das in den westlichen Industrienationen so viele Manager und Wissenschaftler zum Umdenken althergebrachter Wachstumsmodelle veranlaßt hat. Aber spätestens seit den neunziger Jahren fragte man sich: Wie lange kann der weltweite Exporterfolg japanischer Hochtechnologie-Industrien noch andauern? Wie lange noch ist die japanische Bevölkerung bereit, die nicht unerheblichen nationalen Kosten für den internationalen Erfolg Japans zu tragen?

Angesichts unserer eigenen Wirtschaftskrise stellte sich den westlichen Beobachtern die Frage nach dem Zeitpunkt, an dem die Grenzen des japanischen Akkumulationsmodells erreicht sein werden. *Woods* Antwort: Sehr bald. Der Titel des Buch schlägt in die gleiche Kerbe, in die etwa die amerikanische Presse vor zwei Jahren mit Schlagzeilen schlug, die mehr über das amerikanische Japanbild enthüllten als über Japan selber. In seinem Buch zeigt der Autor die Schwachstellen des japanischen Erfolgsmodells und die unübersehbaren Zeichen eines anstehenden Umbruchs auf.

Die Regierungskrisen der späten achtziger und frühen neunziger Jahre haben die korrupten und verfilzten Netzwerke zwischen Politik und Ökonomie aufgedeckt und das Vertrauen der ja-